

Sackgasse Gas

Energiepolitik der neuen Bundesregierung

Fossiles Gas hat eine fast ebenso schlechte Klimabilanz wie Kohle – insbesondere Frackinggas.¹ Doch kaum ist die neue Bundesregierung im Amt, stehen die Zeichen in der Energiepolitik auf Gas. Neue Gaskraftwerke, langfristige Gaslieferverträge, neue Gasbohrungen und der Weiterbetrieb von Gasheizungen: CDU und SPD drohen Deutschland damit in die fossile Sackgasse zu führen. Diese Politik gefährdet Klimaziele, Versorgungssicherheit und treibt die Kosten für Verbraucher*innen in die Höhe, während fossile Konzerne profitieren. Dabei sind die Lösungen für eine klimafreundliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung längst vorhanden: Erneuerbare Energien, ein flexibles Stromsystem und eine sozial gestaltete Wärmewende.

Günstiger Strom: Nur mit erneuerbaren Energien

Die neue Bundesregierung möchte den Strompreis senken. Gleichzeitig plant sie, den Bau neuer Gaskraftwerke mit einer Leistung von bis zu 20 Gigawatt (GW) bis 2030 zu fördern. Noch dazu stellt sie die Ausbauziele der Erneuerbaren infrage.² Das ist widersprüchlich und brandgefährlich. Studien zeigen: Der konsequente **Ausbau der erneuerbaren Energien senkt die Stromkosten** messbar.³ Photovoltaikanlagen und Windräder liefern Strom bereits ab vier Cent/kWh.⁴ Der durchschnittliche Börsenstrompreis kann im Vergleich zu heute bis 2030 um bis zu 23 Prozent sinken, bei weiterhin zielorientiertem Ausbau.⁵ Durch **steigende CO₂-Zertifikatspreise erhöhen sich die Betriebskosten fossiler Kraftwerke** in den nächsten Jahren hingegen stark. Im Fall von Gas- und Dampf-Kombikraftwerken steigen die Kosten von 11 bis 18 Cent/kWh auf Werte zwischen 14 bis 41 Cent/kWh im Jahr 2045.⁶ Schon heute laufen Gaskraftwerke meist nur noch in Stunden mit hohen Börsenstrompreisen. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken. Damit Unternehmen diese **Kraftwerke bauen, sollen sie staatlich subventioniert werden**, was wiederum den **Strompreis erhöht**.⁷

Statt Zweifel am Ausbau der Erneuerbaren zu säen, sollte die **Bundesregierung** deshalb an den **beschlossenen Ausbauzielen festhalten**. Dann ist bis 2035 eine kostengünstige, sichere und 100 Prozent erneuerbare Stromversorgung erreichbar.

Versorgungssicherheit: Viel bessere Optionen

Neue Gaskraftwerke sollen laut Bundesregierung die Versorgungssicherheit stärken – besonders in **Phasen mit wenig Wind und Sonne (Dunkelflauten)**. Doch diese treten im Schnitt **nur etwa zweimal pro Jahr** auf. Ein flächendeckender Blackout droht in diesen Fällen jedoch nicht, wie die Bundesnetzagentur bestätigt.⁸ Die **Abhängigkeit vom fossilen Gas** hingegen – deutlich sichtbar beim Stopp der russischen Lieferungen im Jahr 2022 – war und ist ein großes **Versorgungsrisiko**. Trotzdem ist im Koalitionsvertrag sogar von neuen „langfristigen“ Gaslieferverträgen die Rede.⁹

Für ein zukunftsfähiges Stromsystem braucht es **klügere Lösungen als den Neubau vieler Gaskraftwerke**: Ein **naturverträglicher Netzausbau** ermöglicht den Stromtransport in Deutschland

und Europa. So können regionale Dunkelflauten besser ausgeglichen werden. **Flexibles Lastmanagement, Batteriespeicher, flexibilisierte Biogasanlagen und Geothermie** können ebenfalls Engpässe überbrücken.¹⁰ **Bessere Effizienz im Gebäudesektor** kann bis 2045 den Energiebedarf um elf GW senken und dazu führen, dass Wärme in Gebäuden über viele Stunden gespeichert werden kann.¹¹¹²

Für die wenigen Stunden im Jahr, in denen das nicht ausreicht, braucht es langfristig flexibel **steuerbare Kraftwerke**. Allerdings solche, **die grünen Wasserstoff nutzen**, der aus Wind- oder Solarstrom hergestellt wurde und als saisonaler Speicher dienen kann.

Klimaneutralität: Nur mit dekarbonisierten Kraftwerken

Die Bundesregierung bleibt bislang eine **klare Antwort schuldig, wie die neuen Gaskraftwerke langfristig klimaneutral betrieben werden** sollen. Der Vorschlag der Vorgängerregierung – mit deutlich weniger Kraftwerksneubau (10,5 GW statt 20 GW) – machte zumindest gewisse Vorgaben für den Übergang zum Betrieb mit Wasserstoff.¹³ Auch hier bestanden Risiken: So ist derzeit unsicher, ob Wasserstoffturbinen für ihren Betrieb rechtzeitig marktreif sowie ausreichend grüner Wasserstoff und die entsprechende Infrastruktur vorhanden sein werden.¹⁴ Zudem sollte auch die Nutzung von blauem Wasserstoff aus fossilem Gas erlaubt werden, der nicht klimaneutral ist. Noch gefährlicher ist jedoch, dass die aktuelle Bundesregierung laut Koalitionsvertrag die **Abscheidung und Speicherung von CO₂ an Gaskraftwerken ermöglichen** will.¹⁵ Diese im großen Maßstab unerprobte Technologie wäre nicht nur dauerhaft teuer und ineffizient, sondern durch fehlende Flexibilität auch nicht vereinbar mit einem dynamischen Stromsystem auf Basis erneuerbarer Energien.¹⁶ Auch hier droht der **Weg in die fossile Sackgasse**.

Neue Kraftwerke dürfen nur gebaut werden, wenn ihre **Umrüstung auf grünen Wasserstoff gesetzlich garantiert** wird. Ihre Zahl und Betriebsstunden müssen auf ein Minimum beschränkt bleiben.

Abschwächung des Heizungsgesetzes: Wärmewende in Gefahr

Etwa ein Drittel des Gasverbrauchs in Deutschland wird für das Beheizen von Gebäuden verwendet. Ein Umstieg auf erneuerbare Heizungen ist also zwingend nötig, um die Klimaziele zu erreichen. Genau das sollten, die von der Vorgängerregierung eingeführten Regeln zum Heizungstausch gewährleisten. Doch laut Koalitionsvertrag will die neue **Bundesregierung das sogenannte Heizungsgesetz abschaffen** – gemeint sind hier die 2023 eingeführten Regeln zum Heizungstausch (§71 GEG).¹⁷ Was genau das bedeutet, bleibt bislang unklar. So sprach Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche vom Ende eines vermeintlichen „Zwangs zur Wärmepumpe“.¹⁸

Fakt ist: Es hat nie einen Zwang zur Wärmepumpe gegeben. **Die 65%-Erneuerbaren-Vorgabe im GEG lässt zahlreiche Optionen zu** – von Wärmepumpen über Fernwärme bis zu Hybridheizungen, Solarthermie, Biomasse und H₂-ready-Lösungen. Sogar Gasheizungen können mit steigender Beimischung von Wasserstoff oder Biomethan weiter betrieben werden.¹⁹ Nicht alle diese Optionen sind aus wirtschaftlicher und ökologischer Sicht sinnvoll. **Wer weiter Gasheizungen betreibt und auf Wasserstoff oder Biomethan wartet, gerät absehbar in die fossile Sackgasse und muss mit hohen Preissteigerungen rechnen.**²⁰

Die bessere Alternative liegt auf der Hand: **Wärmepumpen** sind rund viermal effizienter als Gasheizungen und **meist ökologisch wie ökonomisch die beste Wahl**. Auch in Wärmenetzen können sie zusammen mit Geothermie, Solarthermie oder Abwärme der Schlüssel zu erneuerbarem Heizen sein. Zu einer gerechten Wärmewende gehören aber auch sozial ausgestaltete Förderprogramme für Sanierungen und der Schutz von Mieter*innen.

Statt also weiter Unsicherheit in der Heizungsbranche und bei Bürger*innen zu verbreiten, sollte die **Bundesregierung Vorgaben, Fristen und Förderung zum Heizungstausch fortführen** und die gerade anlaufende **Wärmewende sozial ausgestalten**.

Gasbohrungen in Deutschland: Kein Beitrag zur Versorgungssicherheit

Deutschland ist beim Gas massiv abhängig von Importen, nur etwa **fünf Prozent des Verbrauchs** kommen **aus inländischen Quellen**. Deshalb will die neue Bundesregierung laut Koalitionsvertrag **„die Potenziale inländischer Gasförderung nutzen“**.²¹ Derzeit werden beispielsweise Projekte in der Nordsee vor Borkum oder in Bayern am Ammersee vorbereitet. Diese **Vorhaben sind eine Bedrohung für die lokale Umwelt sowie das Klima** und stoßen deshalb zu Recht auf **Widerstand**.²² Sie würden angesichts ihrer geringen Fördermengen auch **nicht messbar zur Versorgungssicherheit beitragen**. So würde das Projekt in Bayern etwa 300 bis 500 Millionen Kubikmetern Gas liefern, was gerade einmal 0,4 – 0,6 Prozent des jährlichen Verbrauchs in Deutschland entspricht.²³ Eine Menge, die leicht durch eine konsequente Energie- und Wärmewende eingespart werden kann. Gleichzeitig bestehen durch die neu gebauten **Flüssiggas-Terminals** und langfristige Verträge mit Importländern bereits heute **massive Überkapazitäten**.²⁴

Statt jetzt noch neue Gasprojekte zu eröffnen, sollte die Bundesregierung eine **Strategie zum Ausstieg aus fossilem Gas bis spätestens 2040** erarbeiten.

Egal ob im Strom- oder im Wärmesektor: Fossiles Gas führt uns in die Sackgasse. Nur mit einem konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien, einem flexiblen Energiesystem und einer sozial gerechten Wärmewende lassen sich die Klimaziele erreichen, Versorgungssicherheit gewährleisten und Strom und Wärme für alle bezahlbar machen.

Quellen

- ¹ [DUH \(2021\): Erdgas für Fernwärme – Das Methanproblem.](#)
- ² [Tagesschau \(09.05.2025\): Reiche plant neue Gaskraftwerke.](#)
- ³ [Agora Energiewende \(2025\): Planmäßiger Ausbau von Erneuerbaren Energien senkt Börsenstrompreise bis 2030 um bis zu 23 Prozent.](#)
- ⁴ [Frauenhofer ISE \(2024\): Stromgestehungskosten Erneuerbare Energien.](#)
- ⁵ [Agora Energiewende \(2025\): Planmäßiger Ausbau von Erneuerbaren Energien senkt Börsenstrompreise bis 2030 um bis zu 23 Prozent.](#)
- ⁶ [Frauenhofer ISE \(2024\) s.o.](#)
- ⁷ [FÖS \(2025\): 20 GW Gaskraftwerke bis 2030 - Was kostet die Erweiterung der Kraftwerksstrategie?](#)
- ⁸ [Bundesnetzagentur \(2023\): Bericht zu Stand und Entwicklung der Versorgungssicherheit im Bereich der Versorgung mit Elektrizität.](#)
- ⁹ [SPD, CDU, CSU \(2025\): Verantwortung für Deutschland - Koalitionsvertrag S.30.](#)
- ¹⁰ [Bundesverband Erneuerbare Energie \(2024\): Einigung zur Kraftwerksstrategie.](#)
- ¹¹ [Deutsche Energie-Agentur \(2025\): Gebäude im klimaneutralen Energiesystem.](#)
- ¹² [Ifeu \(2025\): Mit gutem Gebäuden zum Ziel. S.19.](#)
- ¹³ [BMWK \(2024\): Auf dem Weg zur klimaneutralen Stromerzeugung: Grünes Licht für Kraftwerkssicherheitsgesetz.](#)
- ¹⁴ [DUH \(2024\): Wasserstofffähige Gaskraftwerke.](#)
- ¹⁵ [SPD, CDU, CSU \(2025\): s.o. S.9.](#)
- ¹⁶ [DUH \(2025\): CCS an Gaskraftwerken.](#)
- ¹⁷ [SPD, CDU, CSU \(2025\): s.o. S.21.](#)
- ¹⁸ [Handelsblatt \(19.05.2025\): Katherina Reiche: „Klimaschutz kann nicht das einzige Ziel sein“](#)
- ¹⁹ [Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz \(2025\): GEG § 71 Anforderungen an eine Heizungsanlage.](#)
- ²⁰ [BUND \(2025\): Wärmewende – Schlüssel für Klimaschutz, Energiesouveränität und bezahlbares Heizen.](#)
- ²¹ [SPD, CDU, CSU \(2025\): s.o. S.30.](#)
- ²² [BUND Naturschutz in Bayern \(2025\): Keine neuen Gasbohrungen in Bayern.](#)
- ²³ [Ebd.](#)
- ²⁴ [NewClimate Institute \(2023\): Deutsche LNG-Ausbaupläne führen zu Überkapazität und gefährden Klimaschutzziele.](#)

IMPRESSUM

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) | Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin
Tel. +49 30 27586-40 | bund@bund.net | V.i.S.d.P.: Nicole Anton Kontakt: Julius Neu, Referent Klima- und Energiepolitik
julius.neu@bund.net | Stand: 06/2025